

Änderung des Tierschutzgesetzes

Heute hat der Deutsche Bundestag den Regierungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes in 1. Lesung beraten. Gleichzeitig wurde der Tierschutzbericht 2007 der Bundesregierung beraten.

Der Gesetzentwurf schafft die Rechtsgrundlage für ein obligatorisches Prüf- und Zulassungsverfahren für serienmäßig hergestellte Stallanlagen. Denn es reicht nicht aus, z. B. eine Mindestgröße für Legehennen-Käfige vorzuschreiben, um für die Tiere ungestörtes Ruhen sicherzustellen. Die SPD-Bundestagsfraktion will mehr Tierschutz durchsetzen: Sie hat deshalb das Prüfverfahren für Stalleinrichtungen initiiert. Dadurch wird auch die Kontrolle der Tierschutzbestimmungen verbessert. Das Prüfverfahren setzt bei den Stallanlagenausrüstern an. Bereits im Werk werden die Stalleinrichtungen auf ihre Tiergerechtigkeit geprüft. Das spart Landwirten später weitere zeit- und kostenaufwändige Einzelprüfungen durch die Genehmigungsbehörden vor Ort. Bereits im Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass ein solches Prüfverfahren für alle Nutztiere eingerichtet werden soll. Der Bundesrat hat zuletzt 2006 im Zusammenhang mit dem Legehennen-Kompromiss beschlossen, dass neue Stallanlagen für Legehennen ab 2012 geprüft sein müssen. Einige in der Union wollen davon nun nichts mehr wissen – aber die SPD-Bundestagsfraktion hält daran fest!

Die Bundesregierung erstattet dem Bundestag alle zwei Jahre Bericht über den Stand der Tierschutzentwicklung. Dem aktuell vorgelegten zehnten Bericht liegen die Jahre 2005 und 2006 zugrunde. In diesem Zeitraum konnten in konsequenter Umsetzung des Verfassungsauftrags wichtige Fortschritte für den Tierschutz erreicht werden. Zum Beispiel wurden im Bereich der Nutztierhaltung spezifische Rechtsvorschriften zur Haltung von Schweinen und Pelztieren in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung eingefügt. Und für Legehennen bleibt es dabei: Der Batteriekäfig ist ein Auslaufmodell. Auch bei Tiertransporten konnte ein großer Erfolg erzielt werden. Dauerthema der Tierschutzpolitik bleibt der Ersatz von Tierversuchen.